

Bonn, den 4. Juni 1962

P/AVII/116

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Rückwärts gewandt</u> Zu Konrad Adenauers Parteitage	85
2 - 3	<u>Standortbestimmung</u> Zur Tagung der Sozialistischen Internationale in Oslo	10
4 - 5	<u>Römische Wahlatmosfera</u> Vor den Gemeindevahlen am 10. Juni Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani	94
6	<u>Gegner der großen Koalition</u> Die politischen Aspirationen von Hesse	47
7	<u>Allheilmittel?</u> Die Sorgen der christlich-sozialen Arbeitnehmer	29

* * *

* * *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Rückwärts gewandt

Zu Konrad Adenauers Parteitagsrede

Der - Der 11. Parteitag der CDU kann ein starkes Interesse der deutschen und internationalen Öffentlichkeit beanspruchen. Das allein ergibt sich schon aus der Bedeutung dieser noch grössten Regierungspartei, die zum vierten Male den Bundeskanzler stellt, wenn auch diesmal, zum Unterschied der vorangegangenen zwei Legislaturperioden, wieder nur mit Unterstützung des Koalitionspartners FDP. Der Schock des 17. September sitzt der CDU noch in den Knochen. Sie hat ihre Niederlage - Adenauer nannte sie Schlappe - noch nicht überwunden. Der Mann, der diese Partei zu stolzen Eichen führte, musste an jenen 17. September das sichtbare Zerbröckeln seines Mythos erleben. Darüber kann auch der Beifall der 500 Delegierten nicht hinwegtäuschen. Erneue und Loyalität seiner Parteifreunde zählen gewiss viel, doch vermögen sie nicht die Zweifel und die vielen Fragen zu verdecken, die nicht nur sie allein bewegen. Gewiss, dieser Parteitag der CDU wird nicht die Nachfolgerschaft lösen und auch darüber keine Klarheit bringen, welchen Weg die CDU künftig bei der Behandlung der Lebensfragen unseres Volkes einzuschlagen gedenkt. Der Schatten des mächtigen Alten aus Rhöndorf verdrängt für seine Partei den Blick in die Zukunft. Die Ära Adenauer geht zu Ende, auch wenn es die CDU noch nicht wahrhaben will.

Sie wurde seinerzeit durch das grosse Versprechen eingeleitet, die Bundesrepublik so stark zu machen, dass die Sowjetunion sich genötigt sehe, das von ihr besetzte Mitteldeutschland wieder freizugeben. Das erwies sich als eine folgenschwere Illusion. Die Wiedervereinigung ist heute weiter entfernt denn je. Die Betauerung der Freundschaft mit Frankreich, Eckstein Adenauerscher Aussenpolitik, genügt heute nicht mehr, um uns, an der Nahtstelle zweier einander entgegengesetzter Weltan gelegen, Freiheit und Frieden zu sichern. Willy Brandt drückte es auf dem Kölner Parteitag so aus:

Es ist den Bundesregierungen der letzten 13 Jahre - sicherlich auch zu deren eigenem Leidwesen - nicht gelungen, auf dem Wege zur Einheit Deutschlands voranzukommen. Es ist ihnen nicht gelungen ... das Verhältnis zum Osten zu entlasten. Stattdessen ist neuerdings sogar das Verhältnis zum Westen belastet worden. Und es droht die Gefahr, die zu verstärken eine böseartige Propaganda des Ostens unermüdlich am Werke ist, dass die Bundesrepublik von manchen in der Welt als der Störenfried und der Fein-Sager Europas betrachtet wird".

Kein einziger Aspekt dieser bedrückenden Sorgen und sich anbahnender Entwicklungen klang in der Rede Adenauers auf, wie auch er, von Unverbindlichkeiten abgesehen, nichts zu sagen wusste, welchen Beitrag

die Bundesrepublik zu leisten gedenkt, um im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten, vor allem mit den Vereinigten Staaten, einen gangbaren Weg der Friedenserhaltung zu finden. Geradezu bestürzend wirkten seine Bemerkungen über Grossbritannien und die EWG. Zwar erkennt er die besonderen Schwierigkeiten Grossbritanniens an, er würde auch einen Beitritt dieses Landes zur EWG begrüßen, aber durch den Zusatz, man solle prüfen, "ob die europäische politische Gemeinschaft auf einen kleineren Kreis beschränkt werden könnte", gibt er jenen politischen Kräften Auftrieb, die ein Europa mit England draussen vor der Tür sehen möchten. Wie könnte ein solches Europa, innerlich gespalten, vor dem mächtigen Druck des Ostens bestehen? Die vielbesungene Achse Bonn-Paris würde schon beim ersten Windstoss zerbrechen.

Nicht nur in der Aussenpolitik bleibt die Sicht des 66-Jährigen nachwärts gewandt, auch für die Innenpolitik trifft dies zu. Der K51-ner Parteitag der SPD hat den Begriff der vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben mit zusätzlichem Inhalt erfüllt. Unser Volk darf nicht stehenbleiben, nicht auf vergangenen Leistungen, so stolz sie auch sein mögen, ausruhen, es muss sein Haus in Ordnung bringen, um kommenden Stürmen gewappnet zu sein. Das Errungene ist gefährdet, es zu erhalten und im Sinne unseres Grundgesetzes gerecht zu vermehren, unseren Staat zur Heimstätte aller werden zu lassen, ist keine Parteisache, dazu gehört ein Höchstmaß an redlicher Zusammenarbeit mit allen gutwilligen Kräften. Auch darüber schwieg Adenauer sich aus.

Die deutsche Sozialdemokratie fühlt sich vom Spott und Fohn des Bundeskanzlers nicht betroffen. Er würde es lieber sehen, stünde ihm als Opposition eine Partei gegenüber, die sich innerlich zerfleischt, von Richtungskämpfen zerrissen wird und ihre Pflichten als verantwortlicher Mitträger dieses Staates vernachlässigt. Diesen Gefallen wird ihm die Sozialdemokratie nicht erweisen. Sie steht auf festem Boden und weiss, was sie will. Sie hat klare gesellschaftspolitische Vorstellungen, ist eine ordnende und mitgestaltende Kraft der Bundesrepublik. Von seinem Koalitionspartner FDP trennt ihn sehr vieles, "von der SPD trennt uns noch unendlich viel mehr" - nun, das mag Adenauer halten, wie er will, die Entwicklung wird auch darüber hinweggehen.

Seine Zeit ist um und es bleibt der CDU die mühevollle Aufgabe nicht erspart, sich auf das Ende der Ära Adenauer einzustellen. Die Berufung eines Geschäftsführers, pfleglichere Behandlung der Presse, die Suche nach einem Programm sind freilich kein Ersatz für eine Politik, die eines neuen Inhaltes und neuer Zielsetzungen bedarf. Die CDU beruft sich unter Führung Adenauers auf die Vergangenheit, die ihr hart auf der Fersen folgende Sozialdemokratie schöpft ihre Kraft aus der Orientierung an den Notwendigkeiten der Sechziger Jahre dieses Jahrhunderts - dieses Bild bleibt dem Besucher beider Parteitage haften.

Standortbestimmung

Zur Tagung der Sozialistischen Internationale in Oslo

G.M. - Der am vergangenen Wochenende in der norwegischen Hauptstadt Oslo versammelte Generalrat der Sozialistischen Internationale hat einstimmig die bereits im Oktober 1961 auf dem Kongress in Rom entworfene Grundsatzerklärung gebilligt, in der die Ziele des demokratischen Sozialismus und seine Position zu den entscheidenden Fragen auch der aktuellen internationalen Politik festgelegt werden.

Unter Berücksichtigung der im letzten Jahrzehnt erfolgten Veränderungen in der Welt ergänzt die Sozialistische Internationale ihre auf dem Kongress in Frankfurt a.M. 1951 angenommene Prinzipienklärung, die damals schon in einer Absage an Dogmatismus, Sektierertum und jede Art von Totalitarismus gipfelte, und die volle Entfaltung der Persönlichkeit, die Sicherung der Würde des Menschen und die Erhaltung des Friedens in Freiheit als das Ideal des demokratischen Sozialismus darstellte.

Seither haben zahlreiche Staaten Asiens und Afrikas die Selbständigkeit erlangt. Der Kolonialismus, eine der unmenschlichsten Ausbeutungsformen des vergangenen Jahrhunderts, liegt in den letzten Zügen.

Dagegen ist durch den Sowjet-Imperialismus mit seiner kommunistischen Herrschaftsform eine neue Art des Kolonialismus entstanden, der ebenfalls Millionen Menschen unterdrückt. Der Übergang vom Imperialismus privatkapitalistischer zum Imperialismus sowjetischer Prägung spiegelt sich zum Teil in machtpolitischen Blockbildungen mit gigantischen Rüstungsvorhaben wider.

Daraus ergibt sich der innere Widerspruch unserer Epoche, in der es dank des geisteswissenschaftlichen und technischen Fortschritts möglich wäre, Hunger, Elend, Krankheit und viele andere Geisseln aus der Welt zu verbannen.

Die Sozialistische Internationale, deren 40 Mitgliederparteien heute schon in zahlreichen Ländern der Erde unmittelbaren Einfluss auf die Gestaltung der Politik nehmen, verweist in der jetzt in Oslo

angenommenen Erklärung auf die gestaltende Kraft der Vernunft, sie ruft die Völker und ihre Regierungen zu einer Politik der kontrollierten Abrüstung, der Entspannung zwischen den Machtblöcken und zum gemeinsamen Einsatz aller Kräfte bei dem Versuch auf, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Frieden überall in der Welt zu sichern. Jede Art von Diktatur, die Einschränkung der geistigen und religiösen Freiheit, sowie die Diskriminierung der Rassen wird verurteilt.

Die Sozialistische Internationale fördert die Stärkung der Vereinten Nationen, der alle Länder, einschliesslich Chinas, angehören sollen und widerspricht der Auffassung, dass die Welt dazu verurteilt sein müsse, in zwei Blöcken polarisiert zu bleiben. Gleichzeitig wird erklärt, dass die demokratischen Sozialisten bereit sind, die Freiheit entschlossen zu verteidigen, aus diesem Grunde werden einseitige Abrüstungsmaßnahmen abgelehnt.

Die Bedeutung der einstimmigen Annahme dieser Erklärung kann deswegen sehr hoch eingeschätzt werden, weil an ihr auch die Vertreter der Parteien aus neutralen Staaten mitgewirkt haben. Die sozialdemokratischen Parteien Japans, Maltas und Kanadas billigten sie ebenfalls.

* * *

Zu den in Deutschland besonders interessierenden Problemen, der Berlin- und Deutschlandfrage, zur Diskussion über das Verhältnis EWG - EFTA, sowie zu den Problemen der unabhängig gewordenen Staaten wurden Erklärungen abgegeben und Entschliessungen angenommen, die in ihrem grundsätzlichen Gehalt den Vorstellungen entsprechen, wie sie der in der vergangenen Woche in Köln stattgefundenen SPD-Parteitag entwickelt hat.

Diese Übereinstimmung zeugt von einem ständig sich verbessernden Kontakt der Sozialdemokratischen Parteien untereinander. Sie ist das Ergebnis langer und oft schwieriger Diskussionen, bei denen mit aller Freimütigkeit unterschiedliche Meinungen erörtert werden. Maßgebend beteiligt an dieser Entwicklung ist auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die mit ihrem Grundsatzprogramm von Bad Godesberg die internationale Diskussion der sozialistischen Parteien befruchten konnte.

An der Konferenz des Generalrats der Sozialistischen Internationale in Oslo nahmen für die SPD ihr Vorsitzender, Erich Ollenhauer, der stellvertretende Vorsitzende Herbert Wehner, der Schatzmeister Alfred Nau, sowie der Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, Günter Markschaffel, teil.

+ + +

Römische Wahlatmosferaere

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Die Wahlpropaganda für die auf den 10. Juni anberaumten Gemeinderatswahlen in vielen Zentren des Landes (sie werden ungefähr über ein Zehntel der gesamten Wählerschaft aussagen) hat ihren Höhepunkt erreicht. Dieser Kampf macht sich für den Mann von der Strasse nicht immer in angenehmer Weise bemerkbar. Verkehrsstockungen, mit bunten Wahlplakaten verklebte Autos, die bis abends spät ihre Slogans durch die in voller Lautstärke eingestellten Lautsprecher durch die Strassen schmettern, Strassensperren, die zu grossen Umwegen zwingen - es sind alles Faktoren, die das gehetzte Leben in der mit Touristen bereits überfüllten Hauptstadt gewiss nicht erleichtern.

Dabei muss erwähnt werden, dass bei weitem die auffallendste, stärkste und lärmendste Propaganda die hinter dem MSI (Movimento sociale italiano) sich scharenden Neofaschisten betreiben. Besonders aktiv scheinen die Anhänger des jungen Ciano zu sein. Einer der Söhne des 1944 zu Verona auf Befehl Mussolinis hingerichteten ehemaligen Aussenministers Galeazzo Ciano wurde von den Neofaschisten als Gemeinderats-Kandidat ihrer Liste aufgestellt. Die neofaschistische Bewegung erweckt den Eindruck, als ständen ihr mehr denn je grosse finanzielle Mittel zur Verfügung. Zahlreiche Portraits neofaschistischer Kandidaten in typischer mussolinianischer "Kinn-nach-vorn-Stellung" und "starken-Mann" vorübergehender Haltung schmücken die Mauern Roms. Hätte der Faschismus nicht eine schreckliche nationale Tragödie ausgelöst, würden die brüllenden Neofaschistischen Redner und die veralteten, abgeschmackten Slogans eher zum Lachen reizen.

An dritter Stelle in Rom

Der Beobachter soll sich aber nicht täuschen lassen. Nur in Rom sind die Neofaschisten an dritter Stelle vorgerückt. Dennoch tut es eigenartig an, dass gerade in Rom ihre Stärke bedeutend ist, denn die Hauptstadt war zur faschistischen Zeit alles andere als besonders "regierungsfeindlich"; wenigstens in dem Sinn, als der Sarkasmus und die antifaschistischen Witze gegen das Regime in Rom mehr als anderwo blühten. Heute scheint es aber durchaus möglich, dass Rechtskreise der Hauptstadt, über die Linkswendung der Democrazia Cristiana erbittert, neofaschistisch stimmen werden. Es ist bezeichnend für Rom, dass die kleinen und grösseren Krisen innerhalb der rechts vom Zentrum liegenden Parteien hier stets den Neofaschisten zugute gekommen sind und nicht den Liberalen. Wie dies zum Beispiel im Norden des Landes der Fall war. Die Propaganda der Neofaschisten hat diesmal nichts Neues zu bieten, es sei denn die "Warnung" vor den "katastrophalen Folgen für das ganze Land", denen Italien durch eine Regierung des linken Zentrums ausgesetzt wird. Laut diesen Theorien steht Italien unmittelbar vor einer "kommunistischen Machtübernahme".

Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Wahlen sich hauptsächlich in südlichen Städten abspielen (Neapel, Bari, Foggia, Rom usw.). Dies Orte, in denen die rechtsextremen Kräfte - proportionell - weit stärker auftreten als im übrigen Italien und das Wahlergebnis also nicht als Symptom genommen werden kann.

Beherrschendes Thema

Wie leicht vorauszusehen war, bleibt die Regierung des linken Zentrums das Wahlthema, um das sich alles dreht; alle Parteien versuchen vom Endergebnis irgendwie entweder die Bestätigung der eigenen Politik oder den Beweis der Ungültigkeit dieser neuen politischen Linie abzulesen.

Taktische Gründe haben die Propaganda sämtlicher Parteien stark beeinflusst. Die Democrazia Cristiana hat ihre Wahlreden beinahe ausnahmslos auf den Antikommunismus gestützt. Um die Linkswendung nicht als etwas Definitives erscheinen zu lassen, sprechen die christlichen Demokraten mehr als sonst von einem "Experiment", das eigentlich nur dazu dienen soll die "innere Demokratisierung" der Linksozialisten auf die Probe zu stellen. So lässt sich auch der christlich-demokratische Slogan "Mehr denn je zuvor - der Christlichdemokratischen Partei mehr Stimmen!" rechtfertigen. Sogar diente dieser Spruch dazu, die sozialkommunistische Gefahr zu bannen; heute, da die Linksozialisten zu indirekten Partnern der Democrazia Cristiana geworden sind, wird die Aufforderung nach mehr Stimmen mit der Erklärung begründet, der Democrazia Cristiana müsse innerhalb des linken Zentrums eine Stärkestellung gesichert werden, die es ihr dann ermöglichen soll, ihren neuesten Alliierten Bedingungen zu stellen.

Die Linksozialisten sind es aber nun müde, ständig einer "demokratischen Habilitations-Prüfung" unterstellt zu werden. Sie weisen in ihren Wahlreden darauf hin, dass sie sich von keiner Partei demokratische Lehren erteilen lassen, die - wie die Democrazia Cristiana - die neofaschistischen Stimmen nicht abgelehnt hat als es darum ging, einen Christlichdemokraten zum Präsidenten der Republik zu bestimmen.

Ausgang wird Regierungspolitik beeinflussen

Die Kommunistische Partei treibt gegenüber der Sozialistischen Partei (PSI) einen wahren Konkurrenzkampf. Sie versucht in ihrer Presse und in ihrer Propaganda sich als die ersten hinzustellen, die eine Wendung in der italienischen Politik forderten; ihre Kritik bezieht sich ausschliesslich auf die Art und Weise, wie diese Regierung des linken Zentrums zustande gekommen ist. Sie wittern mit Recht in der politischen Isolierung die grösste Gefahr des linken Zentrums für die KPI. Ihre Taktik ist höchst realistisch; es ist den Kommunisten bewusst, dass es unmöglich sein wird, all die Hoffnungen und Erwartungen zu erfüllen, die das linke Zentrum in der breiten Öffentlichkeit ausgelöst hat. Eine unvermeidliche Enttäuschungswelle wird früher oder später eintreten und sie bereiten sich vor, diese wahltaktisch auszunutzen.

Die diesjährigen Gemeindevahlen sind von allen Parteien in eine lokale Volksbefragung verwandelt worden: pro oder contra das linke Zentrum, d.h. auch pro oder contra die Tatsache, dass die Linksozialisten als demokratiefähige Partner anerkannt worden sind. Obschon es sinnlos ist, zu behaupten, dass partielle Gemeindevahlen das Schicksal einer Regierung bestimmen können, steht es ohne Zweifel fest, dass ihr Ergebnis einen indirekten Einfluss auf die italienische Politik haben wird.

Gegner der großen Koalition

sp. - Auf dem CDU-Parteitag in Dortmund sollen die personellen Entscheidungen in der Führungsspitze dieser Partei fallen und damit Vorentscheidungen für die Nachfolgerschaft Adenauers getroffen werden. In diesem personalpolitischen Spiel mischt der CDU-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Ministerpräsident von Hassel, kräftig mit. Er ist zum Stellvertreter des zum geschäftsführenden Vorsitzenden aufrückenden nordrhein-westfälischen Innenministers Dufhues vorgesehen.

Seine Äußerungen dazu hat von Hassel in den letzten Wochen auf drei Dinge konzentriert. Er meint, es werde zwischen ihm und Dufhues keine Rivalität geben und Bundeswirtschaftsminister Erhard solle neuer Kanzler werden, während Dufhues die Chance erhalten sollte, Adenauers Nachfolger als CDU-Bundesvorsitzender zu werden.

Es ist möglich, daß der sich dieser Art loyal Äußernde von Hassel mit dem Gedanken spielt, selbst einmal weiter nach oben zu rücken, um jedenfalls der stellvertretende CDU-Vorsitzende unter Dufhues zu werden. Die Vergangenheit hat ja immerhin gezeigt, daß von Hassel bereit ist, höchste Ämter einzunehmen, wenn man ihn vorschlägt, wie seinerzeit die Bundespräsidentenaffäre der CDU gezeigt hat.

Wer ist nun dieser CDU-Politiker, der nach vorn strebt? Ohne dem von Hassel nahetreter zu wollen, kann man sagen, daß er seiner ganzen Vergangenheit und Empfindungswelt nach ein Politiker ist, der deutsch-national empfindet und auf dem rechten Flügel seiner Partei steht. Äußerungen der letzten Jahre belegen, daß er zuerst die Belange der Unternehmer und kaum die Interessen der Arbeitnehmer sieht und vertritt.

In der Landespolitik hat von Hassel sich immer zuerst den Interessen der Großbauern zugewandt. Seine Landeskanzlei in Kiel zeichnet sich dadurch aus, daß sie praktisch in den Spitzen ausschließlich von Beamten besetzt ist, die nebenbei CDU-Funktionäre sind. Mit diesem Stab regiert von Hassel, wie auch maßgebende Leute seiner eigenen Partei sagen, formal, verwaltungsjuristisch und undynamisch. Er ist ein guter Kenner geballter Akten und Protokollvorgänge. Er beherrscht aber die politischen Ideen, die einem am Wohlstands-Ende aller Bundesländer liegenden Land die großen Impulse nach vorn geben könnten, nur in geringerem Maße.

Kai-Uwe von Hassel ist auch ein Mann, der persönlich überaus empfindlich und darüber recht humorlos ist. Diese Fakten haben in der Tat auch manche Debatten im Landtag erschwert, versteift und verkrampt. Hinzu kommt, daß durch Hassel ein Mann in die Parteispitze drängt, der wesentliche Teile seiner Arbeitskraft darauf verwendet, überall hinunter bis in die Großstädte jegliche Koalition mit den Sozialdemokraten zu verhindern. Es gibt Beispiele dafür, daß er die Karriere von CDU-Politikern nur deshalb stoppte, weil sie zu großen Koalitionen geneigt waren.

+ + +

Allheilmittel?

Die Sorgen der christlich-sozialer Arbeitnehmer

F.Z. - Im "Betriebsrätebrief" der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft vom Mai 1962 war eine ganzseitige Karikatur zu sehen, auf der eine von zwei Menschen wie eine Fata morgana bestaute Medizinflasche mit dem Etikett "Allheilmittel" auf dem Hintergrund des CDU-Parteitag zu sehen ist. Sollten mit den dargestellten Personen allerdings christlich-soziale Arbeitnehmer gemeint sein - und das sind ja die Empfänger dieser Zeitschrift - dann dürfte diese Karikatur nur ein schlechter Witz sein; denn von CDU-Parteitagen haben sie nach den bisher gemachten Erfahrungen kaum etwas Gutes, geschweige denn ein Allheilmittel für ihre speziellen politischen Sorgen zu erwarten.

In allzu guter - oder besser gesagt - schlechter Erinnerung dürfte man noch der Kielez CDU-Parteitag sein, auf dem Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier das böse Wort von den erreichten Grenzen des sozialen Rechtsstaates sprach. Die verheerenden Folgen dieses freimütigen Bekenntnisses christlich-sozialer Grenzvorstellungen in der Sozialpolitik bei der Arbeitnehmerschaft bekam die CDU/CSU seither von Wahl zu Wahl stärker zu spüren. Die von den christlich-sozialen Arbeitnehmern vom gegenwärtigen Dortmunder CDU-Parteitag erhoffte Wunderdroge wird sich auf keinen Fall als Betäubungsmittel speziell für die Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr anwenden lassen, um sie bei der Landtagswahl am 8. Juli daran zu hindern, mit denen abzurechnen, die beispielsweise auf dem Gebiet der Sozialpolitik nur mit Wahlopflesterchen und frommen Sprüchen weiter kurpfuschen möchten, statt mit einer umfassenden Sozialreform den berechtigten Forderungen der arbeitenden Menschen endlich entscheidende Nachkommung zu tragen.

Daran ändert auch das sorgsam verschürte "Sozialpaket" nichts, von dem die Arbeitnehmer nicht wissen, wieviel faule Eier es enthält, solange es nicht in aller Öffentlichkeit ausgepackt wird. Ein Allheilmittel dürfte es auf keinen Fall enthalten.

+ + +